

BENJAMIN LUIG UND JÖRN JAN LEIDECKER

MEHR BEWEGUNG DURCH SÜDAFRIKAS GEWERKSCHAFTEN

DIE LINKE SOUTH AFRICA FEDERATION OF TRADE UNIONS (SAFTU)

In Südafrika ist nach der Spaltung des Gewerkschaftsverbandes COSATU im Jahr 2017 die neue South Africa Federation of Trade Unions (SAFTU) gegründet worden. SAFTU versucht, Brücken zu den prekären Teilen der Arbeiterklasse¹ und den sozialen Bewegungen in den Townships zu schlagen. Insbesondere die Frage nach der Gründung einer politischen Partei jedoch erschwert es SAFTU, zur dringend notwendigen, integrierenden Kraft zu werden.²

Der Kampf gegen das System der Apartheid war immer auch der Kampf der schwarzen Bevölkerungsmehrheit auf der Basis gewerkschaftlicher Selbstorganisation. Der 1985 gegründete Verband Congress of South African Trade Unions (COSATU) allein repräsentierte Ende der 1980er Jahre 2,2 Millionen ArbeiterInnen. Die organisierten Belegschaften waren damit ein wesentlicher Teil des Widerstands gegen das System der rassistischen Unterdrückung. Bereits in den Jahrzehnten vor der Gründung von COSATU waren auch in Südafrika unter den spezifischen Vorzeichen des Apartheidregimes die Gewerkschaften ein Produkt der «goldenen Ära» des Kapitalismus: Eine relativ große und wachsende industrielle Arbeiterklasse machte die Gewerkschaften zahlenmäßig zu mächtigen Akteuren. Zum anderen aber waren die Gewerkschaften über ihre starke Rolle innerhalb der United Democratic Front auch Kern der Anti-Apartheid-Bewegung insgesamt. Vielfach spielten AktivistInnen der Gewerkschaften in den verschiedensten Organisationen der wachsenden Townships wie Kirchengemeinden, Studentenorganisationen, Kulturvereinen oder Jugendbewegungen eine maßgebliche Rolle. Die zentralen politischen Debatten dieser Zeit wurden innerhalb der United Democratic Front wesentlich von den Gewerkschaften mitgeprägt. Gerade COSATU-Mitgliedsgewerkschaften wie die Food and Canning Workers Union (FCWU), Vorläufer der heutigen Food and Allied Workers Union (FAWU), versuchten bewusst Organisationsformen zu finden, welche die vom Apartheidregime forcierte Rassentrennung zwischen schwarzen, «coloured» und weißen ArbeiterInnen überwinden sollten. Demonstrationen und Streiks solcher Gewerkschaften stellten zentrale Momente des sichtbaren Kampfes gegen das Regime dar. Sie verfolgten einen Ansatz des «social movement unionism» und wirkten damit weit über den Arbeitsplatz hinaus.

Seit der Beteiligung von COSATU an der Machtübernahme des African National Congress (ANC) 1994 hat sich die Rolle des Verbands grundlegend gewandelt. COSATU bildete zusammen mit dem ANC und der South African Communist Party (SACP) die sogenannte Tripartite-Alliance, die bei Parlamentswahlen gemeinsam antritt und seit 1994 lange mit Zweidrittelmehrheit regierte. Nicht nur politische Befreiung, sondern zugleich der Umbau zu einer neuen politischen Ökonomie prägte die Zeit seitdem. Bereits im Exil hatte der ANC begonnen, eine wirtschaftspolitische Kehrtwende zu vollziehen: Die Grundannahmen eines neoliberalen Wachstumsmodells wurden ebenso akzeptiert wie die bestehende Land- und Vermögensverteilung. Eine Umverteilung, wie im Reconstruction and Development Program, sollte moderat durch ein auf Arbeitseinkommen ausgerichtetes progressives Steuersystem geschehen, das im Wesentlichen den Mittelschichten auferlegt wurde. Die Unternehmensbesteuerung hielt die ANC-geführte Regierung niedrig. Aufgrund der Liberalisierung der Kapitalmärkte floss privates Vermögen massenhaft ab. Das makroökonomische Programm Growth, Employment and Redistribution (GEAR) von 1996 war der Versuch, eine langfristige Wachstumsdynamik durch eine neoliberale Wirtschaftspolitik zu erzeugen. Dies war langfristig nicht erfolgreich: Zwar gelang es durch erhebliche staatliche Maßnahmen, Teile des Erbes der Apartheid etwa durch den Bau von Häusern oder Investitionen in die Elektrifizierung zu überwinden, doch bleiben trotz der Herausbildung einer schwarzen Mittelschicht unfassbar große Einkommensdifferenzen bestehen: Südafrika ist weltweit bis heute das Land mit der größten sozialen Ungleichheit, gemessen am GINI-Koeffizienten.

Vor allem bleiben Unterbeschäftigung und Massenarbeitslosigkeit die wichtigsten Merkmale der südafrikanischen

Wirtschaft. Etwa 30 Prozent der SüdafrikanerInnen sind formal arbeitslos, nur in zwei Provinzen (Gauteng, Western Cape) übersteigt die Zahl der Beschäftigten die der Arbeitslosen. COSATU kritisierte diese Politik zwar, wagte aber niemals den Bruch mit dem ANC. Die neoliberale Phase, die bis heute andauert, führte auch zu einem Wandel in der Struktur der Arbeiterklasse. Die etablierten Gewerkschaften waren im Wesentlichen darauf bedacht, die Interessen ihrer Mitglieder zu sichern, und entsolidarisierten sich in der Konsequenz von den erwerbslosen und prekär beschäftigten Teilen der Arbeiterklasse. Dies geschah auf vierfache Weise.

SCHRITTWEISE ENTSOLIDARISIERUNG

Erstens führte die vom ANC durchgesetzte und von COSATU tolerierte neoliberale Politik im Post-Apartheid-Südafrika zu der weiten Verbreitung von nicht-standardisierten Formen der Beschäftigung. Dies ist ein Paradox, denn es gehörte zum erklärten Ziel des ANC, die prekären Formen der Lohnarbeit des Apartheidregimes zu überwinden. Der Teil der Arbeiterklasse, der auf feste und sozial abgesicherte Beschäftigung auf Vertragsbasis bauen konnte, war weiß, die Arbeiterklasse, die zur Arbeit migrierte und unter extrem prekären Bedingungen auf Basis kurzfristiger Verträge arbeitete, war schwarz. Auf dem Papier weitete die ANC-Regierung die Arbeitsrechte durch den Basic Conditions of Employment Act (BCEA) und den Labour Relations Act (LRA) massiv aus. Zugleich ließ die Regierung aber Schlupflöcher. Der LRA erlaubte «temporary employment services», also das Outsourcing von Arbeit an «Labour Broker», wie sie in Südafrika genannt werden. Zugleich wurde «temporary» im LRA nicht definiert und zeitlich eingegrenzt. Damit legte der ANC bereits Mitte der 1990er Jahre die Grundlage für eine «Re-Segmentierung» von Arbeit. Auf der einen Seite boten die neuen rechtlichen Regelungen für standardisierte Arbeitsformen ein hohes Maß an sozialer Sicherheit und Stabilität. Auf der anderen Seite wuchs vor allem der Sektor der nicht-standardisierten Arbeitsformen durch Labour Broker. ArbeiterInnen in diesem Bereich blieb die Organisation in Gewerkschaften verwehrt, sie konnten keine Arbeitsverträge mit den Firmen abschließen, für die sie faktisch arbeiteten, und nicht von den geschaffenen Sozialsystemen profitieren. Heute ist die Arbeiterklasse in Südafrika überwiegend schwarz und das überproportional wachsende Prekariat innerhalb dieser Klasse ist ebenfalls schwarz und vorwiegend weiblich. COSATU hat diese neoliberale Politik, die zur Re-Segmentierung führte, im Kern toleriert. Zwar gab es von COSATU Kampagnen gegen Outsourcing und Labour-Broking. Diese blieben jedoch reaktiv und symbolisch. Nur in Einzelfällen erzielte COSATU Verbesserungen, wie die Reform im Jahr 2014, durch die temporäre ArbeiterInnen nach drei Monaten bei derselben Firma den legalen Status als «regular worker» erhalten sollen. Einen echten Bruch mit dem ANC wagte COSATU jedoch nie.

Zugleich veränderte sich zweitens auch die Mitgliederbasis von COSATU selbst. Wie eine breit angelegte, von der Rosa-Luxemburg-Stiftung finanzierte Untersuchung³ zeigt, hat in den letzten Jahrzehnten eine systematische Entkopplung zwischen gewerkschaftlich organisierten und nicht-organisierten ArbeiterInnen stattgefunden. Teils durch sozialen Aufstieg, teils durch das wachsende Gewicht von Mitgliedern aus dem öffentlichen Dienst wandelte sich die Mitgliederstruktur der COSATU-Gewerkschaften: weg von ArbeiterInnen aus dem überwiegend «unskilled» und teilweise

«semi-skilled» Bereichen hin zu einer Dominanz der «semi-skilled» und «skilled» Beschäftigten. Diese Mitglieder haben innerhalb der Angestellten- und Arbeiterklasse überproportional hohe Einkommen. Zugleich ging insgesamt die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder zurück. Kurz: COSATU ließ nicht nur das Wachstum prekärer Arbeitsformen zu, sondern entsolidarisierte sich auch auf direkte Weise.

Drittens ignorierten die etablierten Gewerkschaften die Vielfalt der Arbeiterklasse. Diese Vielfalt hat es immer gegeben. Aber erst mit der politischen Befreiung und der rechtlichen Gleichstellung im Post-Apartheid-Südafrika wurden die Interessen und die Kämpfe von heterosexuellen Frauen, von queeren ArbeiterInnen oder von anderen Minderheiten sichtbar. Diese Sichtbarkeit stellt eine grundlegende Herausforderung für die traditionelle, verengte Konzeption von innergewerkschaftlicher Demokratie dar, die von hegemonialen Interessen des heterosexuellen, körperlich unversehrten männlichen Arbeiters ausgeht. Sie führt zu ganz konkreten Fragen, etwa wie Gewerkschaften gegen physische und sexuelle Gewalt am Arbeitsplatz kämpfen, die in Südafrika omnipräsent ist. Obwohl es in den letzten Jahrzehnten deutlich erkennbar eine Feminisierung der Lohnarbeit gegeben hat, der Anteil von Arbeiterinnen stetig zunimmt, spiegelt sich auch dieser Trend nicht ansatzweise in den Gewerkschaften wider, weder in ihren Politiken noch in ihrer Repräsentation.

Viertens beschränkten sich die etablierten Gewerkschaften auf den Arbeitsplatz als Ort der Organisation und Auseinandersetzung und sind von zentralen Kämpfen der breiten Bevölkerung, etwa um Wohnrechte in den Townships, für den Zugang zu Wasser und Strom, für eine Landreform oder die Dekolonisierung der universitären Forschung und Lehre, entkoppelt. Wie in den 1980er Jahren jedoch begreifen sich viele Gewerkschaften unverändert als Speerspitze der Arbeiterklasse, auch wenn sie das seit Langem nicht mehr sind. Vor 30 Jahren waren sie gerade dadurch führend, dass sie mit den Kämpfen der Townships verbunden waren. Die faktische Situation der Arbeiterklasse heute ist, dass sie unter prekären Bedingungen hier und da Gelegenheitseinkommen erzielt, aber vielfach gar nicht mehr im kontinuierlichen Verhältnis gegen individuelle Kapitalien zu organisieren ist.

MARIKANA UND DE DOORNS

Die massive Repräsentationskrise der etablierten Gewerkschaften wurde 2012 offenbar. Das Massaker an 34 Arbeitern am 16. August bei Lonmins Marikana-Mine in Rustenburg zeigte auf dramatische Weise, wie weit sich die etablierte National Union of Mineworkers (NUM), die zugleich COSATU-Mitglied war, von den Interessen der ArbeiterInnen entfernt hatte. Vor dem Massaker war es über Tage immer wieder zu Kämpfen zwischen den streikenden ArbeiterInnen sowie Polizei und privaten Sicherheitsdiensten gekommen. Die NUM hatte sich geweigert, die Forderungen der ArbeiterInnen zu übernehmen, und kooperierte eng mit dem Lonmin-Management. Wie heute eindeutig belegt ist, metzelten Polizei und Sicherheitsdienste die Arbeiter ohne jegliche Not nieder, um ein Exempel zu statuieren. Niemand symbolisiert daher die Verquickung von Staat, Kapital und Gewerkschaft so stark wie der heutige Präsident Südafrikas, Cyril Ramaphosa. Als früherer Generalsekretär von NUM und COSATU stand Ramaphosa 2012 als Teilbesitzer und Aufsichtsratsmitglied Lonmins auf der Seite des Kapitals und als ANC-Vizepräsident auf der Seite der mit COSATU verbundenen Regierung. Innerhalb eines Jahres verlor die NUM 100.000 Mitglieder. Aus

den Protesten in Marikana ging die alternative Gewerkschaft Association of Mineworkers and Construction Union (AMCU) massiv gestärkt hervor. Der AMCU-Generalsekretär Joseph Mathunjwa hatte bis zur letzten Sekunde versucht, zu vermitteln und das Massaker zu verhindern.

Auch ein zweites Ereignis im selben Jahr offenbarte die tiefe Repräsentationskrise der Gewerkschaften. Ende 2012, zur Haupterntesaison, brachen in De Doorns, Western Cape, in der Kernregion der Agrarexporte in Südafrika Proteste von LandarbeiterInnen aus. Schätzungsweise 200.000 FarmarbeiterInnen erwirtschafteten hier ein Viertel des Agrarprodukts des Landes zu Hungerlöhnen von knapp 70 Rand pro Tag. Zwischen Oktober 2012 und Januar 2013 fanden mehrere Streikwellen statt, die Ernte fiel nahezu im ganzen Westkap aus. Straßen wurden blockiert, Reben, Paletten und Autoreifen angezündet und es kam immer wieder zu Straßenschlachten zwischen ArbeiterInnen einerseits sowie der Polizei und privaten Sicherheitsdiensten andererseits. Zwei Arbeiter und ein Straßenverkäufer wurden erschossen. Explizit bezogen sich die streikenden ArbeiterInnen solidarisch auf Marikana. Der Streik traf nicht nur die FarmerInnen, sondern auch die etablierten Gewerkschaften völlig überraschend. Organisiert wurde er von SaisonarbeiterInnen, die zusammengepfercht in Townships außerhalb der Farms lebten. Viele dieser SaisonarbeiterInnen organisierten sich in informellen Strukturen. Kleine, lokal organisierte Gewerkschaften wie die Building and Allied Workers Union of South Africa (BAWUSA) oder die Commercial Stevedoring Agricultural and Allied Workers Union (CSAAWU) unterstützten den Streik und spielten eine wichtige Rolle bei der Ausweitung der Streiks in der Region. Anders als die NUM bei Marikana lehnte das COSATU-Mitglied FAWU die Streiks zwar nicht komplett ab, weitgehend fanden sie jedoch ohne Beteiligung der FAWU statt. Faktisch blieb auch COSATU nur Zuschauer und viel zitierter Kommentator des Aufstands. Im Dezember 2012, inmitten der Kämpfe, verblüffte COSATU die ArbeiterInnen mit der Mitteilung, die Streiks seien nun vorbei.

Unter den Mitgliedern der COSATU-Gewerkschaften gab es zunehmend Widerstand gegen die offizielle Linie. Die damals in COSATU organisierte National Union of Metalworkers South Africa (NUMSA) zeigte auf ihrem Nationalen Kongress im Dezember 2013 die Filmdokumentation «Miners Shot Down», die sich kritisch mit den Ereignissen um Marikana auseinandersetzt. Auch lud NUMSA Angehörige der Opfer von Marikana ein. Die Metallgewerkschaft ging damit in direkte Opposition zu dem COSATU-Mitglied NUM. Ein Jahr später führte dies dazu, dass COSATU die mächtige Metallarbeitergewerkschaft mit ihren 350.000 Mitgliedern zwang, den Verband zu verlassen.

ERSTE SCHRITTE VON SAFTU

Nicht erst der Zwangsaustritt von NUMSA aus COSATU, sondern die nachlassende Bindungskraft der großen COSATU-Mitgliedsgewerkschaften gegenüber den ArbeiterInnen in den letzten beiden Jahrzehnten führte zu einer starken Fragmentierung der Gewerkschaftsstruktur Südafrikas. Nach 2013 zeigte sich dabei folgendes Bild: Insgesamt 180 registrierte Gewerkschaften waren in 23 Verbänden organisiert. All diese Gewerkschaften repräsentieren jedoch schätzungsweise nur 27 Prozent der ArbeiterInnen. Die drei größten Verbände, COSATU sowie Federation of Unions of South Africa (FEDUSA) und National Council of Trade Unions (NACTU), repräsentieren die Arbeitsseite in dem National Economic

Development and Labour Council (NEDLAC). NEDLAC ist ein von der südafrikanischen Regierung organisiertes Gremium, in dem Staat, Unternehmen und Gewerkschaftsverbände zentrale wirtschaftliche Fragestellungen verhandeln. FEDUSA vertritt 550.000 Mitglieder, etwa zu gleichen Teilen weiße und schwarze Angestellte aus «skilled» Sektoren, wie PilotInnen, ÄrztInnen, LehrerInnen, Krankenschwestern und Verwaltungsangestellte. NACTU vertritt ArbeiterInnen und Angestellte in den Bereichen Bergbau, Bau, Chemie, Medien. Im Unterschied zu COSATU betonen FEDUSA und NACTU ihre parteipolitische Unabhängigkeit und verstehen ihre Aufgabe darin, durch starke Tarifverhandlungen die Lage ihrer Mitglieder zu stärken. Was also für COSATU gilt, gilt auch für NACTU und FEDUSA – sie stehen für einen engen Fokus auf die Repräsentation der Interessen ihrer tendenziell bessergestellten Mitglieder in spezifischen Sektoren. Dass eine progressive gewerkschaftliche Kraft fehlt, wurde 2017 deutlich. Die ANC-Regierung unter Präsident Ramaphosa kündigte die Pläne zu einem Reformpaket der Arbeitsgesetzgebung an. Sie will einen nationalen Mindestlohn von 20 Rand pro Stunde (umgerechnet ca. 1,20 Euro) einführen. Gekoppelt an diesen neuen Mindestlohn sind problematische Reformen des Basic Conditions of Employment Act (BCEA) und des Labour Relations Act. Die Reformen sehen unter anderem folgende Änderungen vor:

- Gewerkschaften müssen künftig nachweisen, dass sie intern eine geheime Abstimmung durchgeführt haben, bevor sie einen Streik beginnen.
- Bosse, Gewerkschaften, der Arbeitsminister oder die südafrikanische Schiedsgerichtskommission CCMA können im Konfliktfall zwischen Unternehmen und Gewerkschaft einen Beratungsprozess erzwingen, der zu einem Vergleich führen soll. Zwar sind die Empfehlungen des Beratungsgremiums nicht zwingend, sollte die Gewerkschaft sie jedoch ablehnen und den Streik fortsetzen wollen, so müsste sie das explizit begründen.
- Um an Tarifverhandlungen teilzunehmen, müssen Gewerkschaften «ausreichend repräsentativ sein», das heißt einen gewissen Anteil der ArbeiterInnen in dem betreffenden Sektor vertreten. Die aktuellen Reformen sehen vor, den großen Anteil der temporär und prekär Beschäftigten von der Kalkulation auszunehmen. Dies nimmt Gewerkschaften den Druck, auch prekarierte ArbeiterInnen zu organisieren und angemessen zu vertreten.
- Das LRA sieht bislang vor, dass erzielte Einigungen bei Tarifverhandlungen zwischen Bossen und Gewerkschaften dann auf alle übrigen ArbeiterInnen des Sektors ausgeweitet werden, wenn sowohl Unternehmenseite als auch Gewerkschaft die Mehrheit der ArbeiterInnen im Sektor vertritt. Die Regierung will dieses Prinzip nun kippen. Ihre Reformpläne sehen vor, dass es in Zukunft ausreicht, wenn entweder Unternehmen oder Gewerkschaften die Mehrheit ihres Bereichs vertreten. Auch diese Regelung würde es den etablierten Gewerkschaften erleichtern, in Zukunft weiterhin im Namen «der ArbeiterInnen» aufzutreten, ohne ernsthafte Organisationsanstrengungen jenseits ihres Kernklientels zu unternehmen.

Das beschriebene Reformpaket ist das Ergebnis von Verhandlungen innerhalb des NEDLAC. COSATU, NACTU und FEDUSA haben den Reformplänen also zugestimmt. Die beiden zuletzt genannten Stichpunkte machen auch deutlich, wieso: Sie sind bereit, empfindliche Einschnitte im gewerkschaftlichen Streikrecht in Kauf zu nehmen, wenn sie dafür

im Tausch die Möglichkeit erhalten, weiter ihren Vertretungsanspruch in Tarifverhandlungen zu konsolidieren, ohne die gewerkschaftlich nicht organisierten, prekären Arbeiter organisieren zu müssen. Das Reformpaket Ramaphosas würde damit die oben beschriebene Entfremdung der etablierten Gewerkschaften von den ArbeiterInnen vertiefen.

Während die etablierten Verbände die Reformpakete stützten, trat ein neuer Akteur auf den Plan. Ebenfalls im Jahr 2017 gründete sich mit der South African Federation of Trade Unions (SAFTU) ein neuer Verband. Neben dem dominanten Akteur NUMSA gehören SAFTU auch kleinere Gewerkschaften aus Sektoren an, die von prekären Arbeitsformen geprägt sind, beispielsweise die Landarbeiterorganisation CSAAWU, die bei den Streiks 2012 eine zentrale Rolle spielte. In Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Casual Workers Advice Office (CWAO) positionierte sich SAFTU klar gegen das Reformpaket. Ende April 2018 mobilisierte SAFTU für einen Streik. Landesweit wurden Demonstrationen organisiert, in Johannesburg demonstrierten knapp 20.000 ArbeiterInnen gegen das Reformpaket der Regierung. Im August 2018 organisierte der Verband einen Working Class Summit. Neben den SAFTU-Mitgliedergewerkschaften nahmen 120 weitere Organisationen und soziale Bewegungen teil. Insgesamt knapp 1.000 Menschen diskutierten in acht Arbeitsgruppen über gemeinsame Positionen und Strategien in Themenbereichen wie Gesundheitsversorgung, Recht auf Wohnen, Klimapolitik oder Organisation im informellen Sektor. In zwei Punkten gab es auf dem Summit einen breiten Konsens zwischen GewerkschaftsvertreterInnen und VertreterInnen von sozialen Bewegungen: Es geht erstens darum, gemeinsame, übergreifende Kampagnen zu entwickeln, die auf konkrete und drängende Forderungen fokussieren, wie beispielweise eine Rücknahme der kürzlich erfolgten Erhöhung der Mehrwertsteuer. Zweitens war den TeilnehmerInnen des Summit klar, dass eine engere Verbindung der Kämpfe am Arbeitsplatz und in den Communities nicht auf Summits beschlossen werden kann, sondern vor Ort dezentral durch gemeinsames Engagement wachsen muss. Scharfe Diskussionen und widerstreitende Positionen gab es bei der Frage der Gründung einer gemeinsamen Partei. Während NUMSA-VertreterInnen auf die Gründung einer neuen Partei der arbeitenden Klasse drängten, die schon bei den nationalen Wahlen 2019 antreten sollte, lehnte die Mehrheit der übrigen TeilnehmerInnen zwar nicht per se die Idee einer Partei, aber doch die Ad-hoc-Gründung einer Partei mit marxistisch-leninistischem Selbstverständnis ab. Gegen das Interesse vieler anderer SAFTU-Mitglieder hat NUMSA im Dezember 2018 die Socialist Revolutionary Workers Party (SRWP) gegründet, die zu den landesweiten Wahlen 2019 antreten wird.

OFFENE FRAGEN

Der Working Class Summit hat eindrücklich gezeigt, dass einerseits unter vielen SAFTU-Mitgliedern und den VertreterInnen sozialer Bewegungen der Wille zusammenzuarbeiten ungebrochen ist. Andererseits jedoch wurde durch die Gründung der SRWP der Anspruch von NUMSA deutlich, die führende und definierende Kraft innerhalb der Arbeiterklasse zu repräsentieren.

Die Gründung der SRWP, welche die Arbeiterklasse repräsentieren soll, erscheint vielen von ihnen deshalb attraktiv, weil sie scheinbar die alten Gewissheiten bestätigt. Diese Gewissheiten aber entsprechen nicht mehr der Realität. Junge Menschen erfahren die Gesellschaft in Südafrika und

die massive Ungleichheit als zutiefst ungerecht. Sie stellen den Kompromiss Mandelas mit dem Apartheidregime für einen friedlichen Übergang in den 1990er Jahren infrage und kritisieren die neoliberale Ausrichtung des ANC seitdem. Aber sie fühlen sich nicht von einer marxistisch-leninistisch organisierten Partei angesprochen, die nicht nur NGOs per se, sondern auch andere SAFTU-Mitglieder als «Sektierer» brandmarkt, die aktuellen realen Machtverhältnisse verkennt und «die Arbeiterklasse» als kollektiv handelnden Akteur imaginiert, der kurz davorstehe, die bestehenden Verhältnisse umzuwerfen. Die aktuelle Erfahrung der Jugend ist Prekarität und Massenarbeitslosigkeit. Viele dieser Menschen schließen sich der linkspopulistischen, autoritär strukturierten Partei der Economic Freedom Fighters an, die komplett top-down agiert und Vergesellschaftung mit Nationalisierung unter der Führung Malemas gleichsetzt. Viele TeilnehmerInnen des Working Class Summit formulierten ganz andere Ansprüche und Fragen an eine neue Partei. Könnte sie eine Plattform werden, die den Austausch und die Verbindung von Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen erleichtert, oder würde sie diese im Gegenteil erschweren? Wie kann es gelingen, eine solche neue Partei in den konkreten Kämpfen gegen Ausbeutung in prekären Bereichen zu verankern? Wie sieht ein linkes Programm aus, das die Massen der jungen Menschen Südafrikas anspricht?

Eine sozialistische Partei unter den richtigen Vorzeichen wäre in der Tat eine große Chance. Wie stets sind die ArbeiterInnen gegenüber dem Kapital ökonomisch einer reaktiven und schwachen Position. Sie müssen auf das politische Terrain wechseln, um auf Augenhöhe zu kämpfen, aber nicht durch eine vermeintliche Kaderpartei im alten Stil, sondern durch den Aufbau gemeinsamer Strukturen, welche die konkreten Kämpfe der arbeitslosen Jugend in den Townships, der LandarbeiterInnen, der prekär Beschäftigten usw. verbinden. Ein Teilnehmer des Working Class Summit formulierte dies drastisch: «Die Gewerkschaften waren die letzten 20 Jahre im Exil und haben sich komplett abgetrennt von der Klasse der arbeitenden Menschen. Das heißt, es sind andere soziale Bewegungen, die jetzt 20 Jahre Erfahrungsvorsprung vor den Gewerkschaften haben.»

Benjamin Luig leitet das Dialogprogramm Ernährungssouveränität der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Benjamin.Luig@rosalux.org

Jörn Jan Leidecker ist Direktor des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Johannesburg, Südafrika. Jan.Leidecker@rosalux.org

¹ Wir verwenden den Begriff Arbeiterklasse hier im Sinne des üblichen Terminus der «working class» im südafrikanischen Diskurs. Nichtbeschäftigte und unterbeschäftigte Menschen sind explizit mit eingeschlossen. ² Dieser Text basiert auf dem Artikel «Neuer Gewerkschaftsverband in Südafrika: Das Ende der Entsolidarisierung?», der im Oktoberheft 2018 der Zeitschrift Sozialismus.de erschienen ist. Die Autoren danken Andreas Bohne für die sehr hilfreiche Kommentierung. ³ Bezuidenhout, Andries/Tshoae, Malekho: Labour Beyond COSATU. Mapping the Rupture in South Africa's Labour Landscape, Johannesburg 2017.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 1/2019 erscheint online und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3171

Redaktionsschluss: Januar 2019

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation